

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schlech, Postlieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breitestr. Ede,
Otto Nitsch, in Firma
S. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
J. V. O. Eisner in Posen.
Redaktions-Sprechstunde
von 9–11 Uhr Vorm.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner
den Annons-Expeditionen

R. Mosse,
Haasenstein & Vogler J. Co.,
G. S. Hanke & Co.,
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseraten-
thell:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 101.

Posen-Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Mr. 382

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
zu den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
jährlich 450 M. für die Stadt Posen, für ganz
Preußischland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabeketten
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 3. Juni.

Inserate, die leichtgepalte Petitionen oder deren Raum
in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagansage 20 Pf., in besorgter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition
Mittagansage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenansage bis 5 Uhr Nachmittags, angenommen.

1896

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung vom 2. Juni, 2 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Das Haus ist sehr schwach bestellt.
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Nachtragsetats zum Hauptetat und des Nachtragsetats für Neu-Guinea (gefordert werden 273 000 M. behutsame Übernahme von Neu-Guinea in die Verwaltung des Reiches.)

In der Generaldebatte tritt Abg. Dr. Hesse (nl.) für die Vorlage bezüglich Neu-Guineas ein, und spricht den Wunsch aus, daß im Etat des nächsten Jahres auch ein Posten für die Schulen in den Schutzbereichen eingeplant werde.

Abg. Müller-Fulda (Centr.): Auf der Tribüne fast unverständlich, ist im Prinzip damit einverstanden, daß die Verwaltung auf das Reich übergeht, dadurch würden hoffentlich auch die Klagen der katholischen Missionen verstummen. Bedenken habe er nur dagegen, daß das Monopol der Arbeitserwerbung der Neuguinea-Gesellschaft verbleibe. Redner beantragt Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Barth (Frei. Bvg.): Ich stehe der Vorlage ganz oppositionell gegenüber und bin nicht geneigt meine Zustimmung dazu zu geben, daß die Verwaltung auf das Reich übergeht. Schon Fürst Bismarck hat sich dagegen ausgesprochen, daß wir eine Kolonialpolitik nach französischem Muster einführen, sein Ideal war der kolonifrende Kaufmann, nicht die Herrschaft des Bürokratzus. Durch die Hinzuziehung der Reichsbeamten ist das Ideal Bismarcks hinfällig geworden. Selbst wenn der Vertrag für das Reich günstiger wäre, würden ich und meine Freunde doch gegen die Vorlage sein, denn Neu-Guinea hat nur einen sehr problematischen Werth. Die ganze Kolonisation besteht gegenwärtig in einer einzigen Tabakplantage. Die Kolonie wird wirtschaftlich nicht über Wasser zu halten sein, weil sie weit mehr verschlingen als einbringen wird. Das kann doch nicht im Interesse der deutschen Steuerzahler liegen. Wir werden schließlich Gebiete mit einer Regierung verleihen, die jetzt schon wirtschaftlich verlassen sind. Wenn schon die leistungsfähige Neu-Guinea-Kompagnie, die finanziell sehr leistungsfähige Hintermänner hat, ein sieht, daß dort nichts zu holen ist, dann soll sich das Reich doch hüten, die Kolonie in eigener Verwaltung zu nehmen. Die Mängel der Vorlage allein bestimmen uns nicht, die Vorlage abzulehnen, sondern auch die Verstärkung, daß das Reich sich noch eine Kolonie aufbaut, die ihm es sein, wenn Neu-Guinea ganz aufzugeben wird. Am Besten wird

Abg. Graf v. Arnim (Rpt.): Die Kolonialgegner machen bei jeder Kolonialforderung die dunkelsten Prophesien, das sind wir zu sehr von der Linken gewöhnt. Genauso dieselbe Rede, die der Abg. Barth heute hielt, hat der Abg. Bamberger schon jenseit seines Todes gehalten. Selbst auf der Linken bedauert mancher, damals dem Abg. Bamberger gefolgt zu sein. Auch damals hielt es, daß Reich sei nicht reich genug. Und doch bedauern wir noch heute, daß wir die Samoa-Inseln nicht erworben haben, wir würden dann diejenigen unehrbaren Zustände nicht haben. Fürst Bismarck hat sich eben einmal geträumt, man kann ihm ruhig sagen: Durchlaucht haben sich geträumt, umso mehr, als er sich sonst nicht geträumt hat. Der Vertrag ist für uns unannehmbar. Man muß lachen über die Vertrauensseligkeit der Herren, die gemeint haben, daß wir einen solchen Vertrag annehmen würden. Denn der Vertrag nimmt nur die Interessen der Kompagnie wahr, ganz Neu-Guinea wird gleichsam für herrenlos erklärt und der Kompagnie überantwortet. Der Vertrag muß also äründlich umgestaltet werden, auch müssen uns alle hierauf bezüglichen Akten und Schriftstücke vorgelegt werden. Sonst aber glauben wir, daß Deutschland reich genug ist, um die 273 000 Mark aufzubringen. Die Verwaltungskosten würden sehr bald durch die Höhe gedeckt werden. Was würde man sonst in der Welt von uns denken? Die Freikünste allerdings sind phantastische Staatsmänner, sie bekämpfen alle Kolonialforderungen, obwohl sie bei ihrem Mangel an Phantasie es doch gar nicht überleben können, welche Entwicklung eine große Kolonie in hundert Jahren nehmen kann.

Abg. Richter (Frei. Volksp.): Ich will den Abg. Grafen Arnim in seiner Phantasie gar nicht föhren, wenn er nur für seine Phantasie nicht Geld vom Reich beanspruchen möchte. Wir können doch nicht auf die Vorstellung hin, daß sich in hundert Jahren irgend etwas entwickeln könnte, neue Belastungen des Reiches ergeben. Wir sind es gewohnt, daß die Wirklichkeit die buntverteilten Prophesien auf unserer Seite bezüglich der Kolonien noch übertreibt. Wer hätte gedacht, daß wir für Südwestafrika einmal 4 Millionen aufzwingen müßten, als man uns bei der Erwerbung sagte: wenn es nicht nützt, so schadet es wenigstens nichts. Für den Umfang unseres Reichthums lasse ich einen besseren Kraftmesser wie der Vorredner, der Geld verwenden will an einer Stelle, wo es direkt ins Wasser geworfen ist. Wir haben für die Verwendung öffentlicher Gelder im Innern weit dringendere und lehnendere Aufgaben. Wenn der Vorredner meint, daß es auf der linken Seite verschämte Leute gäbe, die es nur nicht eingestehen wollten, ein wie großer Schade es sei, daß sie in den vor Jahren die Samoapolitik des Fürsten Bismarck nicht unterstützt haben, so bitte ich ihn, diese verschämten Kolonialpolitiker der linken Seite, die im Verborgenen blühen sollen, doch namhaft zu machen. Wäre damals jene Samoapolitik eingeleitet worden, so hätten wir deutze Dutzende von Millionen Nutzen, nur damit dort zwei oder drei Plantagenbesitzer lämmertisch ihre Geschäfte machen können. Wäre man dem Abg. Bamberger gefolgt, als er bezüglich der Kolonialpolitik warnend seine Stimme erhob, so hätten wir 30 Millionen gespart und viele Menschenleben. Indes der Vorredner tritt ja dieser Vorlage gegenüber davon selbst einen Rückzug an; denn selbst ein noch so wunderlamer Phantasie muß diese Vorlage für völlig unannehmbar erklären. Eine solche Vorlage könnte überhaupt nur an den Reichstag kommen, weil die Regierung glaubt, daß sie in Bezug auf Kolonialpolitik alles bewilligt bekommt. Von den Jahren 1883 bis 1891 hatte das Reich ja die Landesverwaltung, die sie dann wieder an die Kompagnie zurückgab. Wie wurde das damals

wolltigt? Der Regierungsentwurf verweist uns selbst zur Orientierung über die einschlägigen Verhältnisse auf die Denkschrift der Neuguinea-Kompagnie von 1892/93. Die Kompagnie gibt selbst im Jahre 1892 zu, daß die Geschäfte in Neuguinea sich derartig vereinfacht und derartig wirtschaftlich konzentriert haben, daß der oberste Beamte wenig zu thun hat, und damit er nicht ganz müßig gehen solle, soll er auch noch nebenbei die Landesverwaltung übernehmen. Drei Jahre später heißt es, es sei ganz unmöglich, die wirtschaftliche Leitung mit der Landesverwaltung zu vereinigen. Die ganze Frage ist ja hier aufgetaucht durch eine Befürchtung des Abg. Dr. Bachem über das Verhalten der Neuguinea-Kompagnie zu den katholischen Missionen. Aber daran ist natürlich die Landesverwaltung an sich nicht schuld, denn es ist selbstverständlich, daß da, wo verschiedene Konfessionen konkurrieren, die Gebiete sehr scharf abgegrenzt sein müssen, da sonst Streitigkeiten entstehen. Welchen Eindruck macht es ferner, wenn der auf Neu-Guinea als oberster Leiter angestellte kaiserliche Beamte sein Heer, seinen Diener und ein paar Polizisten hat, aber in Bezug auf die Ausführung seiner Anordnungen ganz auf die Beamten der Gesellschaft angewiesen ist? Er selbst und alle seine Leute befinden sich auch in persönlicher Abhängigkeit, weil ihre persönlichen Bedürfnisse sich immer nur an den Vorräthen der Gesellschaft befriedigen lassen. Graf Arnim sagt, der Landeshauptmann solle für bessere gesundheitliche Zustände sorgen. Aber bis jetzt sind doch noch alle Leute dort am Fieber gestorben. Wenn der Abg. Graf Arnim darauf hinweist, daß man durch Erschließung der richtigen Steuerquellen noch viel erreichen könnte, so bemerke ich demgegenüber, daß man dort doch schon eine Einkommensteuer und eine Gewerbesteuer nach preußischem Muster hat, nur die Ergänzungsteuer fehlt noch, und die ganzen direkten Steuern haben nach der Statistik von 1892 nur 7000 M., die gesamten Höhe 21 000 M. ergeben. Wie will man also diese Einnahmehöhe heben, um die Unlohn von 200 000 M. herauszuschlagen. Noch in keiner Kolonie sind so viel Gesetze und Verordnungen erlassen, wenn man sie zusammen stellt, gäbe es ein artiges Buch. Die ganze Vorlage ist derart, daß selbst Graf Arnim es nicht für richtig hält, jetzt, wo wir dem Hochsommer entgegengehen, uns in solche schwierigen Fragen zu vertiefen, deren Regelung, wenn sie wirklich nötig wäre, doch absolut keine Hilfe hätte. Ich bitte Sie auch, mit der Budgetkommission Mitteld zu haben, die schon mit der Militärvorlage und den übrigen Theilen des Nachtragsetats beschäftigt ist. Aus der Debatte ergiebt sich ja, daß die Annahme dieser Vorlage ganz aussichtslos ist. Wozu also die Budgetkommission in die Lage versetzen, die Reden, die hier gehalten werden, noch einmal zu halten? Schonen Sie die Budgetkommission, behandeln Sie die Sache gleich im Blenum und lehnen Sie die Vorlage ab. (Vorfall links.)

Direktor im Kolonialamt Dr. Käyser geht ausführlich auf die Entwicklung unserer Kolonialpolitik ein, und sucht nachzuweisen, daß in früheren Jahrhunderten kaufmännische Kompagnien mit staatlichen Hoheitsrechten am Platze gewesen seien, daß sie aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen keine Existenzberechtigung mehr hätten. Selbst England hat sich zu dieser Ansicht belehrt. Das zeigen die Klagen über die Nigrer- und die South-Westafrika-Kompagnie. Die Kompagnien bestehen zwar sehr tüchtige Faktorien und Kaufleute, diese sind aber sehr schlechte Verwaltungsbeamte, nur der Staat kann einer geordneten Verwaltung die Wege leiten. Wir dürfen Neu-Guinea nicht hinter unsere anderen Kolonien zurückziehen, schon im Interesse der Missionen. Denn die Missionen in Neu-Guinea erheben noch fortwährend Klage, während diese Klagen in unseren anderen Schutzzonen fast ganz verstimmt sind. Ich halte mich besonders an die Ausführungen des Abg. Dr. Bachem in vorheriger Session. Die Kompagnie hat alles gethan, was in ihren Kräften stand, um Neu-Guinea dem Reiche zu erhalten. Nun sagen die Herren von der Linken, das Land ist nichts wert. Die Kompagnie hat alles, was sie aus ihren Tabak- und Baumwollenplantagen erzielt hat, im öffentlichen Interesse aufgewendet, u. a. 2½ Millionen für eine neue Schiffswerft und ¼ Million für die Erforschung des Innern. Daß die Einnahmen noch nicht zur Deckung aller Bedürfnisse ausgereicht haben, ist erklärlich, denn Neu-Guinea ist zwei Drittel so groß wie Deutschland. Autoritäten haben zugegeben, daß Neu-Guinea noch der besten Entwicklung fähig ist. Wenn die Herren aus der Budgetkommission sich einmal in die Kolonialausstellung begeben würden, würden sie sehen, was in Neu-Guinea und Kaiser-Wilhelmsland bisher schon geleistet ist. (Hinterleit.) Redner gibt sodann eine Uebersicht über die Einfuhr und Ausfuhr von Neu-Guinea, daß eine große wirtschaftliche Zukunft habe. Der Vertrag ist keineswegs so ungünstig, wie Graf Arnim meinte, die Gesellschaft hat uns einen wertvollen Theil ihres Besitzes zur freien Verfügung überlassen, hierzu gehört vor allem der Bismarck-Archipel. Thatslächlich wird die Kompagnie als das vornehmste Unternehmen auch weiterhin die größten Lasten zu tragen haben. Allerdings erhält die Kompagnie ein gewisses Monopol, das Vorzugsrecht in der Erwerbung herrenlosen Landes, aber die Ausnahme ist zugelassen, daß die Erschließung des Landes von Seiten der Regierung unbehindert bleibt, und daß auch andere Einwanderer und Ansiedler nicht ferngehalten werden dürfen. Auch muß sich die Kompagnie verpflichten, das Land dem Verkehr zu erschließen und den Verkehr aufrecht zu erhalten. Wenn der Reichstag die Vorlage ablehnt, wird die Kompagnie gezwungen sein, entweder die Kolonie an eine andere Macht zu verkaufen oder aber sie ganz aufzugeben. Zu dem ersten würde die Regierung ihre Zustimmung nicht geben, im zweiten Falle aber würde alle bisher aufgewendete Mühe und alle Kosten vergebens gewesen sein. Deshalb hoffe ich, daß Sie nach eingehender Prüfung die Vorlage annehmen werden.

Abg. Graf Limburg-Stirum (ton.): Ich habe ein großes Misstrauen gegen Nachtragsetats, entweder sind die Forderungen dringend, dann hätten sie in den laufenden Etat eingestellt werden müssen, oder aber sie sind nicht eilig, dann könnten sie bis zum nächsten Jahre warten. Gegen die Neuguinea-Kompagnie habe ich keinen Mongel an Wohlwollen; ich finde, daß sie schon Großes geleistet hat. Der Abg. Richter hat ganz Recht, wenn er sagt, daß das Debüt größer ist, als das Kredit, aber er vergibt, daß die Kolonialpolitik im Lande außerordentlich populär ist und daß er den geringsten Theil der gebildeten auf seiner Seite hat. Da

kann man doch nicht wie ein Kaufmann rechnen, ob das Debüt und Kredit stimmt, sondern muß höhere Gesichtspunkte im Auge haben. Das Beste wäre es, wenn wir uns dahin einigen, die Sache bis zum nächsten Herbst zu vertagen. Ich will damit nicht die Vorlage überhaupt ablehnen, ich wünsche nur eine recht genauere Prüfung. Wir verwalten jetzt unsere Kolonie wie ein Grundbesitzer, dem die Mittel fehlen, um seinen großen Besitz intensiv zu bewirtschaften. Auch ist der burokratische Apparat viel zu groß. Vor Allem scheint mir der bautechnische Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt für die Kolonie gestrichen werden zu können. Die Forderung, das Auswärtige Amt mit elektrischer Beleuchtung zu versehen, halte ich für berechtigt. Vielleicht aber könnte sich das Reich mit der preußischen Regierung in Verbindung setzen, damit eine große elektrische Centrale geschaffen würde, in der die Strafgefangenen von Moabit als Motoren benutzt werden könnten. (Hinterleit.) Redner bemängelt, daß die Kosten für die Betreuung Deutschlands an der Kronungsfeier in Moabit jetzt gefordert werden, wo sie bereits verausgabt sind. Es müßt Klarheit geschaffen werden, warum eine große Summe für so geringe Zeit der Kronungsfeier gefordert wird. Er bittet die Forderung für Neu-Guinea zunächst abzulehnen und die übrigen Etatsstellen der Budgetkommission zu überweisen.

Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. Marschall erwider, daß die Forderung für die letzte Kronungsfeier im Extraordinarium verrechnet würde. Auch in diesem Jahre habe er erwogen, ob er ebenso verfahren solle, er habe es aber vorgezogen, die Forderung in einem Nachtragsetat vorzulegen.

Direktor Käyser erklärt, daß er die Forderungen der bautechnischen Hilfsarbeiter nicht fallen lassen kann, weil die Bauten vielfach von der Centralstelle aus geleitet würden.

Abg. Beck (Frei. Bpt.): Für uns liegt die Frage so, ob überhaupt möglich ist, einen solchen Vertrag mit der Neuguinea-Kompagnie zu schließen, wie er uns hier vorliegt. Sollen wir für die Kolonien, die uns schon so viel gekostet haben, noch immer weitere Aufwendungen machen? Ich habe aus der Denkschrift keinen durchschlagenden Grund finden können, daß das Reich nötig habe, den Vertrag zu schließen. Es heißt in der Denkschrift, es sei unverständlich, daß die Kompagnie als eine Privatgesellschaft dauernd staatshoheitliche Rechte ausübt. Wir haben aber nicht erfahren, daß daraus ein Konflikt entstanden ist, der eine direkte Necessitas für die Übernahme durch das Reich ergibt. Die Denkschrift sagt selbst, daß dort eine Polizei geschaffen ist, daß das Künzelsau geregelt ist und geordnete Zustände eingehalten sind, nur werden die Zustände nicht als vollkommen befriedigend geschildert. Ja, vollkommen befriedigende Zustände haben wir auch bei uns nicht; man muß eben damit rechnen, daß diese irgend zu finden sind. Der Kolonial-Direktor wies auf die Missionen hin, die Missionen der Zucker auf dem Brodt sein sollen. Aber die Landeshoheit durch das Reich übernommen wird. Da können wir also ruhig abwarten und brauchen uns nicht graulich machen zu lassen. Wir wissen doch alle, daß man die Missionen nur heranzogen hat, weil sie der Speck sein sollen, mit dem man uns fangen will. Ich sehe auch nicht ein, was bei diesem paradiesischen Besitz für das Reich herauskommen soll. Auch der Umstand, daß die Gesellschaft große Mittel eingesetzt hat, kann kein Beweis für die Notwendigkeit der Übernahme durch das Reich sein, denn siehe solche Unternehmungsgesellschaft setzt doch etwas aufs Spiel, weil sie glaubt, damit gewinnen zu können. Auch die ostindischen Gesellschaften hatten im Anfang große Mittel eingesetzt. Dazu kommt die Erwagung, daß die Auswahl unter den zur Ausübung. Wie schwierig es ist, die richtigen Leute auszuwählen, das beweisen ja die Erfahrungen in anderen Gebieten der Kolonialpolitik, namentlich in Kamerun, wo man Herrn v. Stetten fortgeraubt, überhaupt fest man die Süddeutschen im Kolonialdienst zurück.

Direktor Dr. Käyser bestreitet es, daß die süddeutschen Beamten im Kolonialdienst hinter den norddeutschen zurück stehen würden.

Abg. Dr. Barth (Ctr.): Wenn wir die Vorlage heute einsach ablehnen, so ist die Sache damit doch noch nicht erledigt. Prinzipiell bin ich dagegen, daß eine Gesellschaft weltgehende Hoheitsrechte ausübt. Der Vertrag jedoch, wie er vorliegt, ist auch unannehmbar, man kann unmöglich der Gesellschaft alle Rechte und dem Reiche alle Pflichten und Lasten aufzubinden. Deshalb müssen wir in der Budgetkommission die Vorlage nach allen Richtungen hin genau prüfen. Sollte sie dort abgelehnt werden, weil man den Vertrag für zu ungünstig hält, so werden hoffentlich die Herren von der Neuguinea-Kompagnie, die bisher recht zähe waren, nachgeben. Die Neuguinea-Kompagnie hat unsere Mission stets schlecht behandelt. Ich bitte, aus meinen Ausführungen nicht zu schließen, daß wir Kolonialwüthische sind.

Abg. Dr. Bachem (Ctr.): Wenn wir die Vorlage heute einsach ablehnen, so ist die Sache damit doch noch nicht erledigt. Prinzipiell bin ich dagegen, daß eine Gesellschaft weltgehende Hoheitsrechte ausübt. Der Vertrag jedoch, wie er vorliegt, ist auch unannehmbar, man kann unmöglich der Gesellschaft alle Rechte und dem Reiche alle Pflichten und Lasten aufzubinden. Deshalb müssen wir in der Budgetkommission die Vorlage nach allen Richtungen hin genau prüfen. Sollte sie dort abgelehnt werden, weil man den Vertrag für zu ungünstig hält, so werden hoffentlich die Herren von der Neuguinea-Kompagnie, die bisher recht zähe waren, nachgeben. Die Neuguinea-Kompagnie hat unsere Mission stets schlecht behandelt. Ich bitte, aus meinen Ausführungen nicht zu schließen, daß wir Kolonialwüthische sind.

Abg. Graf Arnim (Rpt.): Die Neuguinea-Kompagnie ist jetzt an das Reich herangetreten, weil sie sich vor dem früheren Reichskanzler fürchtete, der ihren Wünschen nicht genügt war.

Der Direktor Käyser hat sich in seiner Replik gegen Dr. Barth die Sache sehr leicht gemacht, er hat von dem Kaiser-Wilhelmsland und dem Bismarckarchipel zusammen gesprochen, während Dr. Barth nur auf die ungünstigen Verhältnisse des Kaiser-Wilhelmslandes hingewiesen hat.

Abg. Graf Arnim (Rpt.): Hält schon jetzt eine Kommissionsberatung für nötig, da, wenn man die Sache bis zum Herbst vertrage, unlesbare Dinge sich ereignen könnten.

Belde Nachtragsetat werden gegen die Stimmen der Linken an die Budgetkommission überwiesen, worauf sich das Haus verträgt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr (Zweite Lesung des Infatuationstrags Auer und Genossen betr. das Vereinsrecht. Schluss 5½ Uhr).

Politische Übersicht.

Posen, 3. Junt.

Die gesetzige erste Sitzung des Reichstages nach den Pfingstferien ist bei sehr schwacher Besetzung des Hauses ausschließlich mit der ersten Lesung des Nachtragsetats ausgefüllt worden, der die Übernahme des Schutzgebiets von Neu-Guinea in die Reichsverwaltung auf Grund eines mit der Neu-Guinea-Corporation abgeschlossenen Vertrages beantragt. Der Staat wurde schließlich gegen die Linke der Budgetkommission überwiesen. — Die geschäftlichen Dispositionen im Reichstage sind nun wieder abgeändert worden. Heute steht der Antrag Colbus (El.) wegen Einführung des Preßgesetzes in Elsaß-Lothringen und der Kommissionsbericht über die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts auf der Tagesordnung.

Die Reichstag-Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch trat gestern, wie schon kurz erwähnt, in die zweite Lesung des Entwurfes ein. Es liegen über 90 Änderungsanträge dazu vor. Die ersten 20 Paragraphen behandeln das Recht der natürlichen Personen, zu § 6, welcher bestimmt, wer entmündigt werden kann, wird eine Resolution Groeber angenommen, dahinlautend:

Bei Annahme der Bestimmungen des § 6 wird vorausgesetzt, daß in der Novelle zur Civilprozeßordnung folgende Vorrichtungen aufgenommen werde: § 595. Der Antrag auf Entmündigung kann von dem Ehegatten, einem Verwandten oder demjenigen getätigten Vertreter des zu Entmündigenden gestellt werden, welcher die Sorge für die Person hat. Von einem Verwandten kann der Antrag gegen eine Person, welche unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, nicht gestellt werden, gegen eine Ehefrau nur dann, wenn auf Trennung der Ehegatten von Eiss und Bett oder auf Auhebung der ehelichen Gemeinschaft erlaubt ist. Bei Entmündigungen wegen Trunksucht hat der Staatsanwalt nicht mitzuwirken."

Der zweite Abschnitt des ersten Buches bleibt nach den Beschlüssen erster Lesung unverändert, ebenso die Paragraphen bis 140, welche die Bestimmungen über die Geschäftstätigkeit und die Willensklärung umfassen.

Die Bureau der französischen Deputirtenkammer wählten gestern die Prüfungskommission für den Gesetzentwurf, welcher Madrid für eine französische Kolonie erklärt. Alle gewählten Mitglieder bis auf eines, sind der Vorlage günstig gesinnt. — Von den fünf Mitgliedern der Budgetkommission, welche an Stelle der zu Ministern ernannten gewählt wurden, sind vier der Eintrümmersteuer-Vorlage des Finanzministers Cochery günstig gesinnt, eins ist Gegner derselben.

Es ist ja natürlich, daß nach dem bösen Vertrauensvotum, das Studini von der Kammer erhielt, allgemein das Gericht austrat, das italienische Kabinett werde de-

missionieren. Dem wird nun konsequent widersprochen. Die "Agenzia Stefani" veröffentlicht eine Note, nach welcher es vollständig unbegründet ist, daß der Ministerpräsident di Rudini dem Könige die Entlassung des Kabinetts eingereicht und die Auflösung der Kammer in Folge der Abstimmung am 30. v. Mts. von der Krone verlangt habe. Im Gegentheil habe di Rudini dem Könige erklärt, daß die parlamentarische Lage in Folge dieser Abstimmung sich durchaus nicht geändert habe. Formell mag das ja auch richtig sein. — Die italienische Presse ist mit der Rede des Kaisers Franz Joseph zur Eröffnung der Delegationen sehr zufrieden. Die "Opinione" lenkt die Aufmerksamkeit auf die Worte, welche der Kaiser der italienischen Armee widmete, und erklärt, es sei eine besonders hohe Anerkennung, die der Chef der österreichisch-ungarischen Armee den Soldaten des befriedeten und verblüfften Königs habe zutheil werden lassen. Die "Tribuna" bemerkt, die friedlichen Zwickel des Dreibundes, dessen unablässiges Bestreben es sei, die Harmonie des Friedens im Widerstreit entgegengesetzter Interessen geltend zu machen, könnten nicht klarer und augenscheinlicher bekräftigt werden; das Blatt fügt hinzu, die Italiener könnten es nur tief empfinden, daß der Kaiser dem Bedauern über das Geschick der Armee in Afrika und zugleich der Bewunderung für ihren Heldenmuth Ausdruck gegeben.

Die neuesten Meldungen von Kreta besagen: Die Lage in Kreta verbessert sich; auf dem Lande dauert die Unruhigkeit fort. Bei den letzten Ausschreitungen wurden in Kreta 23 Christen getötet und 9 verwundet; Muselmanen wurden 6 getötet und 7 verwundet. 18 Läden in der Stadt wurden geplündert. In der Umgebung wurden 17 Christen und 6 Muselmanen getötet. In den Städten auf Kreta herrscht Ruhe; in der Umgebung von Rethymno beginnen die Türken Plündерungen. Die Behörden verstärken die Garnisonen. Bei Auhebung der Belagerung von Vamos sind 75 Türken und 40 Christen gefallen. — Der Mut der edlen Hellenen in Athen, die Kreta am liebsten gleich einstecken möchten, hat einen Dämpfer erhalten. Nach einer Meldung der "Agence Havas" aus Canea sind die Mächte darin einig, die griechische Regierung zu ersuchen, daß sie dem kretensischen Comité zur Klugheit und Mäßigung rathet. Die griechische Regierung selbst neigt zur Aktion, wie folgendes Telegramm vom 2. d. zeigt: Der Ministerpräsident, sowie die Minister des Außen- und der Marine arbeiteten heute längere Zeit mit dem Könige. Später suchte der persönliche Adjutant des Königs den Premierminister auf. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung ihre bisherige Politik der Zuwartung aufgeben wird, wozu die neuerlichen Truppenabsendungen der Türkei nach Kreta das Urtheil bekräftigen dürften. Man muß sich für die nächsten Tage auf wichtige Entscheidungen gefaßt machen.

Inzwischen wird in Athen auch fleißig für Kreta gesammelt und man „erwartet und verlangt einen kräftigen Schritt von der griechischen Regierung.“

Ein Telegramm aus Havanna meldet neue „Heldenthaten“ der Insurgenten auf Cuba: Die Aufständischen haben durch eine Dynamit-Bombe eine Lokomotive und einen Wagen der Sabanillas-Eisenbahn in die Luft gesprengt; eine Person ist getötet, mehrere sind verwundet worden; ferner haben die Aufständischen die Ortschaften Puerto, Guira und Zamoica in Brand gesteckt. Ein Trupp griff Santiago de las Vegas, 20 Kilometer südlich von Havanna, an, wurde aber zurückgeschlagen. Maceo steht mit 3000 Mann in Pomas. Das Anwachsen der Flüsse beginnt die Operationen zu hemmen.

Deutschland.

Berlin, 2. Junt. [Dass die neue Bäckereiverordnung am 1. Juli in Kraft tritt.] weiß man jetzt mit aller Sicherheit. Der Polizeipräsident von Berlin hat soeben die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung erlassen, und dasselbe wird alsbald wohl überall im Reiche geschehen. Der Inhalt der Bäckereiverordnung kann als bekannt vorausgesetzt werden. In aller Kürze gesagt, verlangt sie Folgendes: Die Gehilfen dürfen nicht länger als zwölf Stunden beschäftigt werden; zwischen je zwei Arbeitsschichten muß eine vollständige Ruhe von mindestens acht Stunden gewährt werden; die Maximalarbeitszeit der Lehrlinge soll im ersten Jahre zehn Stunden, vom zweiten Jahre ab elf Stunden betragen. Dementsprechend erhöht sich für die Lehrlinge die Ruhepause um zwei, resp. eine Stunde. Vor den Festtagen und an zwanzig weiteren Tagen im Jahre, die der Arbeitgeber bestimmen kann, sind Überstunden gestattet, jedoch auch dann darf die ununterbrochene Ruhepause nicht unter acht Stunden herabgehen. Die Ausführungsbestimmungen des Polizeipräsidiums bewegen sich im Geiste der Verordnung und geben zu kritischen Bemerkungen keinen Anlaß. Sie werden ohne Zweifel auf einer allgemeinen Verfügung des Handelsministers beruhen und somit in der Harptache gleichartig für die ganze Monarchie aussallen, unbeschadet der gebotenen Abweichungen aus rein lokalen Gründen. Die Konservativen kommen mit ihrer Absicht, einen neuen Sturm gegen die Bäckereiverordnung zu unternehmen, jedenfalls zu spät. Ihre Behauptung, daß die Verordnung garnicht vom Bundesrat selbstständig erlassen werden durfte, sondern die Genehmigung des Reichstags vorausgesetzt, ist natürlich ganz unhaltbar, und sie ist auch nur aufgestellt worden, um dem Antrage Kardorff, wonach die Verordnung zurückgenommen werden soll, ein stärkeres Reies zu geben. Jedenfalls wird die erste Einführung des gesetzlichen Maximalarbeitsstages, wie sie durch die Bäckereiverordnung geschieht, in irgendeiner Form noch im Reichstage zur Sprache kommen.

Der Kaiser sandte sofort nach dem Empfang der Nachricht über das Unglück in Moskau ein Beileidstelegramm an den Kaiser von Russland.

Ein Ehrenmann.

Eine Geschichte aus Ungarn von Alexander Engel.

(Nachdruck verboten.)

Der Stuhlräuber von Füles-Agony war ein gewaltiger Karrenspieler vor dem Herrn. Sie bildeten eine regelmäßige Partie: der Gußbesitzer vom Hofstall, der Advokat und der Stuhlräuber. Nun aber wurde das Oberhaupt des Dorfes von einem wahren Bech verfolgt. Als ob sich die Karton gegen ihn verschworen hätten. Er bekam kein anständiges Blatt in die Hand. Er begann mit Verwegenheit zu spielen — auch das nützte nichts. Die Verwegenheit kostete ihm nur um so mehr Geld. Und der Stuhlräuber von Füles-Agony wurde nachdrücklich, er schüttete auffallend oft den großen Kopf. Aber die Karton wußt er nicht aus der Hand. Im Gegenthell, er hielt sie immer fester und fester, doch umsonst; das Blatt wollte ihm nicht lieblich. Standhaft blieb das Bech an seiner Seite. Es wollte nicht weichen und erlaubte sich sogar gemeine Scherze mit ihm. Er hatte endlich einmal drei Könige in der Hand, man kann sich denken, wie viel er immer wieder rief, und auch dieses „Scherere“ Spiel verlor er, denn ein Partner trumpfte ihm mit „drei As“ ab. Wenn der Herr Stuhlräuber von Füles-Agony nicht eine ruhige, fast phlegmatische Natur gewesen wäre, hätte in diesem Moment sicherlich ein Schlaganfall seinem Leben ein jähes Ende bereitet. Das so eifrig gepflegte edle „Färbel“ erschöpfte allmälig die Geldquellen des Herrn Stuhlräubers; aber da es unzweifelhaft war, daß sich das Glück nun endlich doch ihm zuwenden werde, riß er das Bech des von ihm verwalteten Wassenhofs an. „Vielleicht bringt mir das Bech von den armen Kleinen Glück“, dachte sich das Oberhaupt des Dorfes. Auch diese verwegene Hoffnung erwies sich als trügerisch. Selbst das Bech der armen Kleinen brachte ihm nicht das sehnsücht erwartete Glück.

Und gerade jetzt schnellte das Aviso von einer Kassenrevision ins Land. Das Wort berührte den Stuhlräuber sehr unangenehm. Aber wenn in Ungarn schon Kassenrevisionen stattfinden, so werden sie ordnungsgemäß vierzehn Tage früher angekündigt. Der Stuhlräuber hatte also noch Zeit, den ledigen Betrag zu erlösen. In erster Stelle suchte er in weiterem Färbelpiel bei Hell, welcher Verlust aber die Wassenhausfeste nur stärker beeinflußte. Mit den Karton war nun einmal nichts anzulangen. Sollte er sich vom Advokaten das Manco ausleihen? Nein, das war unmöglich. Advokaten sind rossinierte Leute, das könnte auffallen und ihm — man weiß nicht wie — Schaden bringen, vielleicht sogar die ganze Socke ans Licht fördern. Auch sonst konnte er Niemand um den Betrag anpumpen, ohne sein Antreten zu verhindern. „Das ist der Vorstell einer hohen Stellung, daß man rein nichts anfangen kann; in der Not ist man gleich ein geschlagener Mann, denn man kann sich nicht helfen, wie Andere“, seufzte der arme Stuhlräuber von Füles-Agony und zitterte dem gesuchten Datum, dem Tage der Kassenrevision, entgegen.

Er zerbrach sich den Kopf, wie er sich aus dieser heissen Situation befreien könnte. „Ah, der Minister Bácsy in Budapest“, blitzte es nun durch seinen Kopf. Aber auch diese Hoffnung mußte rasch wieder verworfen werden. Der Minister Bácsy hat ihm die Stellung verschafft, es wäre undankbar, ihn auch noch anzuwünschen, und dann, wer weiß, ob er das Bech auch besitzt, er ist ja erst knapp drei Monate Minister. „Sehr unangenehm, sehr unangenehm“, murmelte das würdige Oberhaupt von Füles-Agony; „am meisten tut mir Minister Bácsy leid, der sich angestrengt hat, mir einen Posten zu verschaffen, und nun Schande an mir erlebt. Es ist überhaupt eine Schande für die ganze Familie; wird sich Alles schämen, Alles.“ Er bekräftigte das, indem er mit dem Fuße schwer den Boden trat.

Und dann fiel ihm auch noch ein anderes unangenehmes Moment bei der Geschichte ein. Was für eine Freude wird wohl bei der Entdeckung seiner Unehrlichkeit — an der er doch unchuldig ist, wie ein neugeborenes Waisenkind — sein Kätzchen, der Stuhlräuber von Darusalva, empfinden! Der unsympathische Mensch hat ihm seit jeher eigentümliche Blicke zugeworfen und die intimen Freunde hatten ihm darüberzählt, daß der Mensch verschiedene zu munken pflege, und daß diese Mankeleten sich nicht gerade auf die Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit des Stuhlräubers von Füles-Agony beziehen. Das wäre ja einfach zum aus der Haut fahren, wenn dieser schreckliche Mensch Recht behielte. Das wäre ja das Unangenehmste bei der Sache.

Als der Stuhlräuber alle Wege versperrt sah, begann in ihm ein schwarzer Entschluß aufzudämmern. Sollte er also ernstlich zur Waffe greifen? Sein Lebenslicht gewaltsam ausblasen? So würde er allen Scherzen und Unannehmlichkeiten ehrenvoll aus dem Wege gehen. Er würde als Märtyrer seiner Leidenschaft scheiden, denn die Todesursache würde man ja erfahren und ihm gern verzeihen. Jetzt machte er sich zum erstenmale bittere Vorwürfe, über seinen Leichtfert und seine Leidenschaft. Sich so weit zu vergessen! Mit seiner Stellung spielen und Alles nur wegen dieses elenden Färbels! Hätte er doch nie gekannt, nie eine Karte berührt! Das hat schon viele Menschen ins Unglück gebracht; mußte aber auch er darunter sein? Für einen Stuhlräuber, der außerdem die Waffenfonds verwaltet, paßt es nicht, solchen Leidenschaften zu fröhnen. So was ist dann immer das Ende. Man sinkt zum Betrüger herab. Er freute sich, daß er so scharf mit sich reden könne. Denn in solchen Fällen muß man sich rücksichtlos die Meinung sagen und es darf einem auf ein paar Geißelstrafen mehr oder weniger nicht ankommen. Die Leidenschaft hatte er sich nun in fröhlicher Form gelesen — doch das half ihm nicht über seine peinliche Situation hinweg.

„Also noch Revolver?“ fragte er sich noch einmal mit großer Voricht. Man darf nie unüberlegt handeln. Und der Selbstmord ist eine Freiheit, eine verachtungswürdige Freiheit, nach dem einstimmigen Urtheile aller Fachmänner und überdies ist das Leben so schön für Jeden, auch für den Bauer. Für den Stuhlräuber ist es allerdings schändlich! Man muß sich nur eintheilen; der Bauer kann sich natürlich nicht so schön eintheilen wie der Stuhlräuber.

Um sich von seinem Vorhaben abzulenken, traktete er dem Amt entgegen. Auf dem Wege grüßte ihn mit schauerlicher Freudeigkeit zwei kleine blonde Jungen, indem sie ungeschickt die Münzen von den Köpfen holten und sie noch lange in der Hand hielten. „Arme Waisenkinder,“ murmelte der Stuhlräuber in seinen Bart, „wenn die wüsten — die kleinen Rangen.“ Und um die bedauernswerten Kleinen, deren fernere Erziehung auf dem Spiele stand, zu vergessen, trällerte er, leicht entschlossen, ein lustiges Gedicht vor sich hin.

Er pilgerte weiter, den Blick zur Erde gesenkt, um alle ähnlichen Erinnerungen verachten zu können.

In seinem Bureau angelangt, setzte er sich vor seinen breiten Schreibtisch und vertiefte sich in die ausliegenden Akten. Die Grüße seiner Untergebenen pflegte er freundlich, heimliche herzlich zu erwidern und kleine Streicheleinheiten, wie sie jeder Tag im Dorf bringt, entschied er in der mildesten Weise. Er war auch sonst ein friedfertiger Mensch, der sein Amt stets mit Nachsicht und Seelenruhe übte. Aber heute war er besonders gutmütig. Er unterschrieb Alles, ohne es sorgsam zu prüfen. Sein Schreiber brachte ihm devout die lange, gestopfte Peitsche, er führte sie zum Mund, ohne sich in seiner ernsten Arbeit zu stören. Aber die Peitsche schlug heute nicht tapferlos zu funktionslos, oder lag dies an dem Rauter? Der Schreiber mußte ziemlich lange die Flamme über den Tabak halten, bis ausgiebige Rauchwolken dem Rohr entflatterten. Doch ihm war dies nur angenehm. Der Stuhlräuber schaute auf und sah das glückliche Gesicht seines Untergebenen, der es sich als Ehre anrechnete, seinem Chef behilflich zu sein. „Armer Kerl — wirft mir nicht mehr lange Peitsche anzünden — armer Kerl“, dachte der Stuhlräuber und er bedauerte innerlich den guten Schreiber, der dieser Ehre in nächster Zeit verlustig zu werden drohte. Er bemühte sich, rasch seine Thessalonie zu bekämpfen.

Da klopfte Jemand an die Thür. Es war der Kerkel-Pali, ein flotter Bigeuner, der mit ganzem Herzen die Fiedel spielte. Demütig näherete er sich dem Gestrengen und trug ihm sein Anliegen vor. Ein Bauer habe ihm beschwirbelt, erzählte der Bigeuner, was sich ein wenig wunderlich ausnahm. Und Kerkel-Pali hielt seinen federn Hut mit dem weichen Busch von „Waffenmädchenhaar“ in der Hand und spielte damit. Der Stuhlräuber wurde verwirrt, als er das „Waffenmädchenhaar“ gewahrt, er wurde nervös, als er es beständig vor seinem Auge flimmern sah. Er hörte kaum die Angelegenheit des Bigeuners an, gab ihm, ohne viel Bestinnen, Reicht und verurteilte den Bauer. Mit übertriebenen Dankesworten und unter zahlreichen Verküchen, die Hand des Stuhlräubers zu erwischen, um sie zu küssen, entfernte sich der in seinem Rechtsbewußtein verstärkte Bigeuner.

Die Uhrzeit verkündete die sechste Stunde. Der Stuhlräuber erhob sich schwerfällig aus seinem Sessel, stieß sich vom Schreiber in seinen Rock hießen und trat die Wanderung nach Hause an. Vor dem Wirthshause zum „Arany rák“ begegnete er dem Schulreiter. Er wollte an diesem vorurtheilichen, denn er mochte jetzt nicht gern in Gesellschaft sein. Doch der Schulreiter erwischte ihn und bestieß sich an seine Seite. Er erkundigte sich in reizvolle Weise nach dem Befinden des Herrn Stuhlräubers, woraus dieser sofort entnahm, daß den geschätzten Nebenmacher der Fähigkeiten von Füles-Agony Jugend eine Bitte plage. Er ermunterte ihn, sich ihm anzuvertrauen. Und der Schulreiter flehte ihn um eine Gehaltsaufbesserung an, da er doch wisse, daß der Herr Stuhlräuber in dieser Angelegenheit ein gewichtiges Wörtchen mitzurechnen habe. Der arme Schulreiter unterstützte sein Begehr damit, daß ihm in leichterer Zeit auch ein paar Waffenknaben zum Unterrichte gegeben werden, die stets zurück seien, und mit denen er seine rechte Plage habe. „Waffenknaben!....“ Ohne mehr anzuhören, sagte der gütige Stuhlräuber ein weit vernimbares „Ja“ und beschleunigte Schritte enteilte er, während der Schulreiter seinen Dank in die Lüfte stammelte.

Der Stuhlräuber freute seiner Wohnung zu. Er trat an seinen Schreibtisch, öffnete alle Läden und wußte in jenen Papieren. Er war ein wenig zerstreut, denn sein Entschluß, aus der Welt zu gehen, in der es ein Färbelstiel und Waffenknaben gab, verschleierte sein Sinn, und so brachte er den reichen Inhalt der unterschiedlichen Fächer in noch größere Verwirrung. Da schaute er plötzlich mit weitgewinkeltem Auge auf. Was war denn das? Ein Bodenkleid? Ja richtig, einmal hatte er diesen Bettel Papier in übermächtiger Laune erstanden, damals, als er den Posten hier bekam. Er drehte das Looß mechanisch hin und her. In den letzten Monaten hatte er sich nicht viel darum gekümmert. Aber — vielleicht. Man konnte garnicht wissen. Er baute ja nicht darauf. Ihm war es schlecht gleichzeitig, denn er hatte schon abgeschlossen. Und er wird doch nicht so töricht sein, auf ein so unberechenbares Ding zu bauen. Allerdings, oft schon hatte ein armer Teufel in höchster Noth einen Haustreffer gemacht. Es scheint hier eine Art ausgleichender Gerechtigkeit zu walten, gewöhnlich sieht man von Looß gewinnenden, die den kleinen Leuten zusallen. Vielleicht erbarmen sich auch seiner die blinden Waffenknaber.... Und dieser erhabene Befall. Gerade heute ist Biegung, er erfährt also schon aus dem morgigen Blatte sein Schicksal. Es wäre Zeit genug, denn die

